

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland-Union-Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 399 67
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 10 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 8. Februar 1950

Seite 1

A IV 8 a Allgemeines

Der Ruf nach der deutschen Einheit

Der Sturz des sächsischen CDU-Landesvorsitzenden Prof. Hickmann bildet, wie die Terrormeldungen aus der Ostzone beweisen, nur den Auftakt für eine großangelegte SED-Kampagne gegen die CDU der Ostzone. Die Zahl der nichtmarxistischen Kreis- und Ortsvorsitzenden, die auf ähnliche Weise zum Rücktritt gezwungen werden sollen, ist so groß, daß sie nicht mehr registriert werden kann. Alles deutet darauf hin, daß der CDU das Rückgrat gebrochen und der letzte Rest des Widerstandes zer schlagen werden soll. Was allen längst klar sein mußte, ist am Falle Hickmann auch dem Einfältigsten bewußt geworden: es kann in der sowjetischen Zone niemand führend tätig sein, der nicht die volle Billigung der Kommunisten hat. Zwar hat der politische Ausschuß der CDU die gegen Prof. Hickmann gerichteten Vorwürfe als „diffamierend“ zurückgewiesen, aber er hat nicht den Mut aufgebracht, sich offen gegen den Terror auszusprechen. Aus dieser Atmosphäre stammt das Eingeständnis des Landesvorsitzenden, daß seine Weiterarbeit in der gegenwärtigen Situation unmöglich sei. Es liegt ein dunkler Schatten über diesem Wort, und niemand vermag sich der Wirkung der erschütternden Tragödie zu entziehen, die sich in diesen Tagen vor unseren Augen abspielt.

Es ist nicht das verbrecherische System der SED allein, das die zivilisierte abendländische Welt mit Abscheu erfüllt. Vielleicht ist alles nur ein schwaches Abbild dessen, was uns die kommunistischen Machthaber in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Satellitenstaaten beinahe täglich vor Augen führen. Mit noch größerer Abscheu erfüllt uns, daß führende Männer der Ostzonen-CDU sich vorbehaltlos zum Willensvollstrecker der SED herabwürdigten. In ihrer servilen Gesinnung, die diktiert ist von der Angst um den Ministerposten oder — wir wagen es auszusprechen — von der Angst, daß sich an ihnen vollziehen könnte, was sie bei anderen zu verhindern vortäuschen, sind sie für ihre ehemaligen politischen Freunde zu einem noch größeren Schrecken geworden. Georg Dertinger hat im Falle Hickmann eine Rolle gespielt, um die ihn mancher eingewurzelte Jünger Moskaus beneidet. Wie bei der Krise um Jakob Kaiser, so hat er auch in der Hickmann-Krise sich als die eigentliche treibende Kraft entpuppt. Aber mit der dekorativen Bezeichnung „Außenminister“ ist der Ehrgeiz dieses Mannes nicht gestillt. Von seinen Auftraggebern in Karlshorst wird er mit unentrinnbarer Genauigkeit auf dem von ihm selbstgewählten Wege vorwärtsgetrieben: er soll und will Parteivorsitzender werden. Der Fall Hickmann war so

eingefädelt, daß er auch den Sturz Otto Nuschkes herbeiführen sollte. Daß Nuschke gerade in den Tagen, da die Krise in Dresden mit rapider Schnelligkeit ihrem Höhepunkt zueilte, zum Begräbnis des kommunistischen Ministerpräsidenten nach Sofia abkommandiert wurde, war gegen jede volksdemokratische Kleiderordnung; aber Dertinger war für ein paar Tage den unbequemen Kontrahenten los. Er maßte sich das Amt des Landesvorsitzenden an und schwelgte in der Gewißheit, daß der politische Ausschuß dieses Vorgehen billigen werde. Der Ausschuß war anderer Auffassung; er vertagte die Entscheidung bis zur Rückkehr Nuschkes. Er — Nuschke — hätte Hickmann retten können, denn der Landesvorstand der Ostzonen-CDU war bereit, sich hinter Nuschke und Hickmann zu stellen. Der stellvertretende Ministerpräsident hatte offenbar Angst vor der eigenen Courage. Auch er hat ja schließlich ein Amt und das Wohlwollen seiner Auftraggeber zu verlieren. Also wählte er nach bewährtem Brauche den Kompromiß, Hickmann wurde ein Opfer des „freiwilligen Zwanges“. Die SED hatte erreicht, was sie erreichen wollte. Auf die Ermahnungen, die in der Resolution der Ost-CDU beschlossen wurden, gibt die SED einen Pufferling. Der Kampf der SED und ihrer politischen Handlanger geht weiter bis zu den Herbstwahlen, bis zum hundertprozentigen Wahlsieg der nationalen Front, bis zur endgültigen Liquidierung des letzten Restes von persönlicher Freiheit und wahrer demokratischer Gesinnung.

Dieses Bild mit allen seinen Schrecken steht heute vor unseren Augen. In dieser Situation hat die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU ihr Treuebekenntnis zu den Unionsfreunden in der Ostzone erneuert. Es hat jenseits des Eisernen Vorhanges ein dankbares Echo gefunden. Wer aber wollte es diesen Menschen verargen, wenn sie in dieser übergroßen Not nach der befreienden Tat sehnsüchtig Ausschau halten. Der Westberliner „Tag“ hat sich zum Sprachrohr dieser Empfindungen gemacht, wenn er unlängst den Bundeskanzler aufforderte, einmal nach Berlin zu kommen und hier in das Ohr der ganzen Bevölkerung von dem unerschütterlichen Willen der Bundesregierung zu sprechen, an erster Stelle der Einheit und Freiheit ganz Deutschlands zu dienen und dem kommunistischen Vorstoß über den Eisernen Vorhang hinaus einen Riegel vorzuschieben. So verständlich dieser Wunsch auch immer ist, so sehr wird uns in diesen Tagen einmal mehr bewußt, daß auch und nicht zuletzt die Alliierten einen entscheidenden Beitrag zur Lösung des Problems der deutschen Einheit zu leisten haben.

A IV 10 b Entnazifizierung

Die CDU zum Stuttgarter Entnazifizierungs-Skandal

Die im gesamten Bundesgebiet stärkstens beachteten Vorgänge um die Entnazifizierung in Württemberg-Baden führten am 2. Februar im Stuttgarter Landtag zu einer teilweise sehr erregten Aussprache. Die CDU, die in keiner Weise, weder aktiv noch passiv, etwas mit den skandalösen Vorgängen zu tun hat, gab dabei durch ihren Fraktionsvorsitzenden, Abg. Wiedemeier, folgende Erklärung ab:

„1. Die CDU hat immer wieder größte Bedenken gegen das Gesetz Nr. 104 geltend gemacht, das unter dem Zwang der Besatzungsmächte zustande kam. Anlage und Durchführung des Gesetzes waren verfehlt und haben in verheerender Weise dazu beigetragen, das Rechtsgefühl des Volkes zu verletzen, die elementaren Rechtsbegriffe zu verwirren und das Vertrauen in die Rechtsprechung zu zerstören. Besonders schlimm hat es sich ausgewirkt, daß man auf die nur wenig Belasteten die volle Strenge des Gesetzes anwandte, während die schwerer Betroffenen erst

später und viel milder als die vielen kleinen Mitläufer behandelt wurden. So mußte es dahin kommen, daß das Gesetz Nr. 104 jede Autorität im Bewußtsein des Volkes mehr und mehr verlor und damit die Korruption begünstigt wurde.

2. Die CDU fordert deshalb erneut, daß die Entnazifizierung mit größter Beschleunigung zu Ende geführt wird. Das Gesetz Nr. 104 ist dafür nicht geeignet, zumal die bisherigen Erfahrungen in einzelnen Fällen bei Anwendung der Artikel 52 bis 54 zu ersten Bedenken Anlaß geben. Wir begrüßen es daher, daß die Regierung den Entwurf eines Gesetzes Nr. 1078 zum Abschluß der politischen Befreiung vorgelegt hat. Trotz mancher Einwände, die wir zu dem Entwurf haben, glauben wir, daß er eine brauchbare Grundlage für die Beratungen darstellt.

3. Die CDU erwartet, daß bei der Untersuchung und Aburteilung etwaiger Korruptionsfälle, die mit der Entnazifizierung in

Zusammenhang stehen, der Justiz ohne Ansehung der Person und Stellung in jeder Hinsicht völlig freie Hand gegeben wird. Wir fühlen uns aber angesichts der jüngsten Erörterungen in der Öffentlichkeit verpflichtet, mit aller Entschiedenheit festzustellen, daß nach allgemein anerkannten rechtsstaatlichen Grundsätzen auch nach Art. 4 unserer Verfassung ein Beschuldigter solange als

nicht schuldig gilt, als er nicht von einem ordentlichen Gericht schuldig gesprochen ist.

Die CDU erwartet, daß die eingeleiteten Verfahren beschleunigt durchgeführt werden. Sie wird bei vorliegendem rechtskräftigen Urteil und nach Klärung der Lage jeweils Stellung nehmen und soweit es nötig ist, die erforderlichen Konsequenzen ziehen.“

A IV 1 d Kirchen

Noch einmal Martin Niemöller

Die politischen Eskapaden des hessischen Kirchenpräsidenten Niemöller haben den Bundeskanzler veranlaßt, in einer Sitzung der CDU/CSU-Fraktion die beleidigende Aeußerung energisch zurückzuweisen, der westdeutsche Bundesstaat sei in Rom gezeugt und in Washington geboren worden. Mit dem Kanzler sprach sich auch der Bundesinnenminister Dr. Heinemann, der dem Vorstand des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands angehört, für eine politische Zusammenarbeit der beiden christlichen Konfessionen aus. Er unterstrich, daß beide Konfessionen im politischen Raume ein Zusammenwachsen zu einer Partei wünschen. In der CDU/CSU herrscht volle Einigkeit darüber, daß die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken der beiden Konfessionen auf der politischen Ebene eine innerlich begründete Notwendigkeit zum Wohle des deutschen Volkes ist.

A IV 3 d Sozialisierung

Hessische CDU und Sozialisierungsfrage

Die Landtagsfraktion der hessischen CDU hatte im vergangenen Jahre im Landtag beantragt, den von dem früheren Wirtschaftsminister Koch (SPD) vorgelegten Gesetzentwurf über die Bildung von Sozialgemeinschaften zur nochmaligen Ueberarbeitung an die Regierung zurückzuweisen. Dieser Antrag wurde von der SPD und der KPD abgelehnt. Gegenwärtig steht der Gesetzentwurf im wirtschaftspolitischen Ausschuß erneut zur Beratung. Die CDU-Fraktion hält dagegen an den von ihr vorgebrachten grundsätzlichen Bedenken fest. Sie bekennt sich ausdrücklich zu Art. 41 der hessischen Verfassung, der in bestimmtem Umfange eine Vergesellschaftung vorsieht. Sie ist aber der Auffassung, daß der Koch'sche Gesetzentwurf im Augenblick nicht diskutabel ist, da die Frage der Sozialisierung zur konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes gehört. Sachlich erhebt die CDU gegen den Entwurf den Einwand, daß das vorgeschlagene Verfahren und der dadurch notwendig werdende Verwaltungsapparat im Verhältnis zu den in Frage kommenden Objekten zu kompliziert und zu kostspielig ist. Entschieden abgelehnt wird von der Fraktion die Vergesellschaftung kommunaler Regiebetriebe, die bereits praktisch der Kontrolle der öffentlichen Hand unterliegen. Es wird ferner vorgeschlagen, die Verkehrsbetriebe nach Möglichkeit an die Bundesbahn anzuschließen. Ein Gutachten des Justizministers Stein (CDU) bringt gleichfalls ernste Bedenken gegen die Gesetzesvorschläge zum Ausdruck, der hessische Arbeits- und Wirtschaftsminister Wagner (SPD) steht auf dem Standpunkt, daß der Koch'sche Gesetzentwurf den veränderten politischen Verhältnissen angepaßt und entsprechend revidiert werden muß. Trotz dieser Bedenken bestehen SPD und KPD, die sich offenbar einen zugkräftigen Wahlschlager verschaffen wollen, darauf, die Gesetzesvorlage unter allen Umständen durchzudrücken. Die CDU-Fraktion hat auf Grund ihres Standpunktes zum Ausdruck gebracht, daß sie an den weiteren Ausschüßeratungen nicht mehr interessiert sei und daß ihre Vertreter an den Sitzungen des wirtschaftspolitischen Ausschusses nur noch als Beobachter teilnehmen.

A IV 6 f Sozialversicherung

Selbstverwaltung in der Sozialversicherung

Bei der ersten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurfes über die Wiederherstellung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung stießen, wie zu erwarten war, die gegensätzlichen Auffassungen von CDU/CSU und SPD hart aufeinander. Während sich Abg. Arndgen seitens der Union für eine paritätische Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane aussprach, lehnte der Abg. Richter für die SPD entsprechend dem von ihr eingebrachten Gesetzentwurf (vergl. Nr. 199 vom 21. Dez. 1949) jede Beteiligung der Arbeitgeber ab. Daß die SPD mit dieser Forderung weit über das hinaus ging, was sie bei der seinerzeitigen Abstimmung im Wirtschaftsrat beantragt und gebilligt hatte, wurde dabei wohlweislich verschwiegen. In klar erkennbarer Absicht ist es der SPD darum zu tun, durch möglichst radikale Forderungen bei der Bevölkerung den Ein-

druck besonders arbeiterfreundlicher Gesinnung zu erwecken und aus dieser Einstellung bei passender Gelegenheit Kapital zu schlagen. Wenn im wirtschaftlichen Leben die beiden Sozialträger in immer stärkerem Maße zu selbstverantwortlicher Zusammenarbeit herangezogen werden, dann ist nicht einzusehen, warum diese Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialversicherung ausgeschaltet werden soll. Auch die CDU/CSU klammert sich bei der Besetzung der Selbstverwaltungsorgane nicht an das Beitragsprinzip. Sie ist aber der Auffassung, daß die paritätische Zusammensetzung dieser Organe dem Sinn und den Notwendigkeiten einer echten Wirtschaftsdemokratie entspricht.

A IV 7 d Kriegsgefangenenfragen

61 000 Heimkehrer suchen Arbeit

Der von der Bundesregierung ausgearbeitete Entwurf eines Heimkehrergesetzes ist dem Bundesrat zugegangen. Es sieht eine einheitliche Betreuung der Heimkehrer im Bundesgebiet vor. Für ehemalige Kriegsgefangene, für Internierte und im Ausland arbeitsverpflichtete Kriegsgefangene ist die Zahlung eines Entlassungsgeldes von 50 DM und eines Ueberbrückungsgeldes von 250 DM vorgesehen. Außerdem ist an die Gewährung einer Mindest-Arbeitslosenunterstützung gedacht, die einem Wochenlohn von 48 DM entsprechen soll. Ferner ist die Zuweisung von Wohnraum und Arbeitsplätzen sowie von Ausbildungsbeihilfen und das weitere Bestehen der Anwartschaft für Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung berücksichtigt. — Nach einer von der Verwaltung für Arbeit des Vereinigten Wirtschaftsgebietes angestellten Erhebung sind 61 724 Heimkehrer arbeitslos. Davon entfallen 20 017 auf Bayern, 19 033 auf Niedersachsen und 9676 auf Schleswig-Holstein. Die geringsten Zahlen weisen Württemberg-Hohenzollern (229) und Baden (272) auf. Unter den 61 724 arbeitsuchenden Heimkehrern befinden sich 562 Frauen, von denen 264 in Niedersachsen und 216 in Schleswig-Holstein leben.

A V i Südbaden

Produktive Arbeit der badischen CDU-Fraktion

In einer Vertrauensleute-Konferenz der südbadischen CDU berichtete Landesvorsitzender Abg. Dichtel über die Arbeit der badischen Regierung und der CDU-Fraktion. Das nicht unerhebliche Defizit des Staatshaushalts habe die CDU vor eine schwere Verantwortung gestellt. Wesentlich verursacht wurde der Fehlbetrag durch die Besatzungskosten, deren Senkung unerlässlich sei. Die Forderung der CDU gehe dahin, die Besatzungskosten innerhalb des Bundesgebietes auf einen Nenner zu bringen und sie unter Berücksichtigung der Steuerkraft der Länder auf diese umzulegen. Bei den notwendigen Sparmaßnahmen habe die CDU-Fraktion sich von dem Gedanken leiten lassen, daß keine produktiven Ausgaben gestrichen werden dürften. Sie werde auch weiterhin für eine gesunde Wirtschafts- und Sozialpolitik eintreten. Ein ausgleichendes Steuerverhältnis zwischen Staat und Bürgern sei nach wie vor das Ziel der Landesregierung. Mit Befriedigung konnte Landesvorsitzender Dichtel darauf hinweisen, daß die sozialen Belange im badischen Haushalt unter allen Umständen gewahrt werden.

C d Junge Union

J. U. Hannover zur Saarfrage

Die Landesvorstandssitzung der Jungen Union des Landesverbandes Hannover richtete an den Ministerpräsidenten des Saarlandes folgendes Telegramm:

„Die Junge Union in der CDU des Landesverbandes Hannover würde es begrüßen, wenn Sie in den bevorstehenden Verhandlungen so entscheiden würden, wie das die deutliche Vergangenheit und die europäische Zukunft des Saarlandes erfordern. Jede einseitige Bindung der saarländischen Außenpolitik würde die deutsch-französische Zusammenarbeit zum Nachteil Weiteuropas erschweren. Saarbrücken darf nicht allein aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus zum zweiten Versailles oder Danzig werden. Die Notgemeinschaft aller Deutschen, wozu auch das Saargebiet zählt, vertritt seine vaterländischen und europäischen Belange.“